

Autor: Thelen, Peter**Ressort:** Politik / Deutschland**Seite:** online**Weblink:** <http://www.handelsblatt.com/my/politik/deutschland/neuer-gesundheitsminister-das-sind-die-herausforderungen-fuer-jens-spahn/21008256.html>

Neuer Gesundheitsminister

Das sind die Herausforderungen für Jens Spahn

Der designierte Gesundheitsminister ist um seinen Job nicht zu beneiden. Sein Vorgänger Hermann Gröhe hat ihm kostspielige Reformen und große Aufgaben hinterlassen.

Erstveröffentlichung 27.02.2018
22:05:35

Die Kanzlerin hat ihren ärgsten Widersacher zum Gesundheitsminister gemacht - doch die ersten Reaktionen aus der Gesundheitswirtschaft klangen fast begeistert. 'Mit Jens Spahn wird ein Politiker für das Amt des Bundesgesundheitsministers nominiert, der über hervorragende Fachkompetenz, politisches Durchsetzungsvermögen und Innovationsfähigkeit verfügt', sagte etwa der Vorstandschef des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen Franz Knieps.

'Er hat die besten Chancen, das deutsche Gesundheitswesen in einen fairen Wettbewerb und eine digitale Zukunft zu führen. Die Betriebskrankenkassen freuen sich auf spannende Zeiten mit Jens Spahn.' Andere Vertreter aus dem Krankenkassenlager erklärten, Spahn sei eigentlich die logische Wahl.

Das ist er in der Tat. Denn der erste Job im Bundestag des heute 37-Jährigen war die Gesundheitspolitik. Als Gesundheitsexperte wirkte er schon an der Gesundheitsreform 2007 mit. 2013 schrieb er zusammen mit dem Gesundheitsexperten der SPD, Karl Lauterbach, den gesundheitspolitischen Teil des Koalitionsvertrags. Dass den dann Hermann Gröhe umsetzen musste, hat vor allem mit Spahns jugendlichem Alter zu tun. Allerdings zählte Spahn aber schon zu dieser Zeit zu den Unbequemen.

Die Vorschusslorbeeren aus der Wirtschaft wiegen nun schwer. Der Verbandschef der Betriebskrankenkassen etwa war lange Jahre unter Ulla Schmidt Leiter der wichtigen Abteilung Gesundheitsversorgung im Gesundheitsministerium. Knieps kennt sich also aus mit den Untiefen des Systems. Ulla Schmidts Job war allerdings deutlich schwerer. Denn damals waren die Krankenkassen finanziell unter Wasser. Heute schwim-

men sie im Geld: Die Rücklagen bei den knapp über 100 Kassen und im Gesundheitsfonds summieren sich aktuell auf die Rekordsumme von 29 Milliarden Euro.

Da ist Geldausgeben leicht. Das hat bereits Spahns Vorgänger praktiziert. Und wenn sich der Münsterländer an den Koalitionsvertrag hält, wird auch er das machen müssen. Als Erstes kündigte Spahn an, er wolle die Kluft bei der Behandlung von privat und gesetzlich Versicherten verkleinern.

Zwei Vorhaben hat er dabei im Sinn. Zum einen will er die Terminservicestellen weiter ausbauen. Sie wurden von Gröhe eingeführt. Gesetzlich Versicherte können sich an sie wenden, wenn sie bei ihrem Facharzt anders als Privatversicherte erst in einigen Wochen einen Termin haben können. Die Servicestellen funktionierten eher schlecht als recht.

Viele Versicherte kennen sie gar nicht. Die Erfahrungsberichte der Nutzer fallen gemischt aus. 'Wir müssen aber auch, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, über die Vergütungen der Ärzte für Kassenpatienten sprechen', sagte er im Gespräch mit der Funke-Medien-Gruppe. Bislang ist die Behandlung von Privatpatienten für Ärzte deutlich lukrativer. Hier begibt sich der Minister auf gefährliches Terrain. Denn eine Angleichung der Arzthonorare für gesetzlich Versicherte an das Niveau in der PKV dürfte nach Modellrechnungen sechs Milliarden Euro kosten.

Das Vorhaben kam zudem nur auf heftiges Drängen der SPD in letzter Minute in den Koalitionsvertrag. Nach Lesart der Union wurde beschlossen, sowohl die privatärztliche Gebührenordnung neu zu fassen, als auch den einheitlichen Bewertungsmaßstab, nach dem die Therapie gesetzlich Versicherter finanziert wird.

Eine Kommission soll bis 2019 Vorschläge machen. Konflikte sind absehbar. Denn nach Lesart der SPD sollen die Reformen in eine neue einheitliche Honorarordnung für gesetzlich und privat Versicherte münden, als erster Schritt in eine Bürgerversicherung. Die Union geht dagegen von einer getrennten Reform aus. Außerdem versprach der Minister, mehr Geld für Pflege und die ärztliche Versorgung auf dem Land in die Hand zu nehmen.

Auch das steht bereits im Koalitionsvertrag. Während jedoch an diesem Vorhaben bislang ein Preisschild fehlt, lassen sich die zu erwartenden Zusatzkosten bei anderen Projekten gut abschätzen. So soll der Mindestbeitrag für Selbstständige gesenkt werden, damit auch Soloselbstständige mit kleinem Einkommen sich gesetzlich versichern können. Die Einnahmeverluste für die Kassen werden auf 750 Millionen Euro pro Jahr geschätzt. Durch die geplante Anhebung des Festzuschusses für Zahnersatz kommen Mehrkosten von 600 Millionen Euro pro Jahr auf die Versicherten zu.

Die versprochenen 8000 zusätzlichen Pflegekräfte in den Heimen werden mindestens 400 Millionen Euro pro Jahr kosten. Völlig unabsehbar sind dagegen die Ausgaben, die die geplante Umstellung der Finanzierung der Pflege im Krankenhaus auslösen dürfte. Bislang müssen die Kliniken ihr Pflegepersonal mit Fallpauschalen für die diversen Krankheitsbilder finanzieren. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass die Kliniken Pflegepersonal abgebaut haben. Die so generierten Erlöse haben sie zum Teil für Investitionen ausgegeben, für die eigentlich die Bundesländer zuständig sind.

Milliardenprojekte für Spahn

Um dies zu verhindern, sollen die Kassen nun die Pflegekosten separat zahlen.

Die Fallpauschalen sollen entsprechend gekürzt werden. Zudem sollen die Kassen in Zukunft Tarifierhöhungen zu 100 Prozent gegenfinanzieren. Damit wird eine Situation geschaffen, die jemand von der Expertise eines Jens Spahn eigentlich nicht gutheißen kann. Denn Kliniken und Krankenhäuser können in Zukunft Tarifverträge zulasten Dritter schließen, nach der Devise: 'Darf's noch ein wenig mehr sein, zahlen müssen die Kassen ja eh. Und die Politik wird auch nicht meutern.'

Mindestens drei Milliarden Euro dürfte die Umsetzung des Koalitionsvertrags die Kassen zusätzlich kosten. Auch in der Pflegeversicherung dürfte es teurer werden. Doch dies ist noch nicht alles. Spahns Vorgänger Gröhe gilt nicht zu Unrecht als teuerster Gesundheitsminister aller Zeiten. Die Kosten vieler seiner Reformen würden erst in den kommenden Jahren auf die Versicherten zurollen, warnt der GKV-Spitzenverband schon seit Monaten.

Der Gesundheitsexperte der SPD bereitet die Versicherten daher schon einmal auf steigende Beiträge vor. 'Mich würde es nicht überraschen, wenn es wohl in der Kranken- als auch in der Pflegeversicherung zum Ende der Wahlperiode zu Beitragserhöhungen kommt', sagte Lauterbach der Berliner Zeitung.

Dabei haben Union und SPD den Versicherten versprochen, ihre Beitragslast zu senken. Ab 2019 sollen die Arbeitgeber die Hälfte der bisher von ihnen allein zu zahlenden Zusatzbeiträge übernehmen. Die Wirtschaft schätzt, dass die Rückkehr zur Parität sie allein fünf Milliarden Euro im Jahr kosten wird. Die von Lauterbach angekündigten Beitragserhöhungen kämen obendrauf.

Verhindern könnte das nur noch Jens

Spahn selbst. Wenn es ihm gelänge, ein weiteres vages Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. 'Wir wollen die schrittweise Einführung von kostendeckenden Beiträgen für die Bezieher von Arbeitslosengeld II aus Steuermitteln finanzieren', heißt es dort. Es geht um rund zehn Milliarden Euro, die die Versorgung von Hartz-IV-Empfängern derzeit mehr kostet, als der Bund an Beiträgen für sie zahlt. Herausrücken müsste diese gigantische Summe vermutlich SPD-Finanzminister Olaf Scholz. In der mittelfristigen Finanzplanung des Ministeriums ist eine Erhöhung des Steuerzuschusses an die Kassen bisher nicht vorgesehen.

Die Opposition wertete denn auch Spahns erste Ankündigungen für seine Gesundheitspolitik als Morgengabe für die SPD-Mitglieder, die noch bis zum Wochenende Zeit haben, dem Koalitionsvertrag zuzustimmen - oder die GroKo noch vor dem Start zu versenken.

'Jens Spahn macht den SPD-Mitgliedern mit seinem Hinweis zur Verkürzung der Wartezeiten, zu den Problemen der PKV und zur Pflege ein Angebot. Denn ohne positives Votum der SPD-Basis kein Minister-Job', sagte die grüne Gesundheitsexpertin Maria Klein-Schmeinck dem Handelsblatt. Sie wirft Spahn vor, in der Vergangenheit eher zu den Hardlinern gegen Herzansliegen in der Unionsfraktion gehört zu haben. 'Kommt es zum Koalitionsvertrag, muss er auf jeden Fall mehr liefern als markige Worte. Immerhin war Spahn maßgeblich an den letzten beiden Koalitionen beteiligt und hat den Reformstau bei der Pflege, der Geburtshilfe und bei der Digitalisierung mit produziert.'

Die Linke glaubt Spahn seinen Reform-

willen in Sachen hoher Arzthonorare für Privatpatienten nicht. Am Ende werde es nur zu Vorschlägen von Wissenschaftlern in einer Kommission kommen, 'die womöglich nicht umgesetzt werden', sagte Gesundheitsexperte Harald Weinberg. 'Es ist zu befürchten, dass mit Jens Spahn als Gesundheitsminister nicht viel von den ohnehin schon kläglichen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag übrig bleiben wird.'

Zudem fürchtet er, dass der Minister allzu willfährig gegenüber der Pharmaindustrie agieren dürfte. Dies wäre verhängnisvoll. Tatsächlich hat die Bundesregierung gerade auf eine Anfrage der Linken eingeräumt, dass sich die Preise neuer Medikamente in den vergangenen zehn Jahren im Durchschnitt vervierfacht haben - von über 980 auf über 4450 Euro.

Im Koalitionsvertrag steht dazu kein einziges Wort. Stattdessen soll der unter Gröhe gestartete Dialog mit der Pharmaindustrie unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen fortgesetzt werden. Der hatte bislang vor allem den Zweck, die Branche zu stärken und nicht Kassenausgaben für Arzneimittel zu senken. Jens Spahn äußerte sich dazu nicht. Er traf sich am Dienstag ein letztes Mal mit einer Expertenrunde zum Thema Venture Capital. Der neue Gesundheitsminister ist ein Start-up-Fan. Zusammen mit dem Gesundheitswissenschaftler Markus Müschenich, einem Pionier in der Internetmedizin, hat er bereits 2016 ein Buch zu Health-Apps und Digitalisierung herausgegeben. Die lange überfällige Digitalisierung des Gesundheitssystems könnte daher mit Spahn den lange überfälligen Schub erhalten, glaubt nicht nur BKK-Chef Franz Knieps.

Abbildung:

Als Gesundheitsminister muss sich Jens Spahn mit teuren und komplexen Aufgaben beschäftigen. Foto: AFP

Urheberinformation:

Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2018: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.